

Einlassung Karl Braig am Mittwoch, 3.12.2014 Amtsgericht

Prozess – **die Anklage heißt Hausfriedensbruch** - wegen Teilnahme an einer Demonstration im Park, der von der Bahn unrechtmäßig vereinnahmt wurde.

„Anlässlich des Jahrestages der Parkräumung in der Nacht vom 14./15.2.2012 versammelten sich am 14.2.2013 ParkschützerInnen im Mittleren Schlossgarten unter dem Motto:

„Wir holen uns den Park zurück. Keine weitere Zerstörung wichtiger Lebensgrundlagen! Für ein menschenwürdiges Leben in und um Stuttgart! Baustopp von S21 sofort – Sofortiger Umbau des jetzigen Bahnhofs K21 !“

Das waren und sind die **Forderungen, die wir an die Entscheidungsträger** in der Gesellschaft stellten und weiter stellen.

Warum waren wir ausgerechnet an diesem Tag im Schlosspark in Stuttgart? Es war der 1. Jahrestag der weiteren Abholzung wertvollster Bäume in der Innenstadt von Stuttgart und es war 1 Jahr, nachdem 2000 Menschen bei Eiskälte die ganze Nacht im Park verbrachten, auf den Wegen, im nassen Gras, auf Eisplatten oder an Bäume gekettet, um ein klares Zeichen zu setzen gegen weitere wahnsinnige Zerstörung von Natur, Verstöße gegen geltende Menschenrechte und Grundrechte unserer Verfassung.

Sie wurden wie Tiere morgens um 5 Uhr von schwarzen Robotern - von Menschen kann hier nicht mehr von unserer Polizei gesprochen werden - aus ihrem Park vertrieben, teilweise weggetragen, teilweise abgedrängt, durch mit Absperrgittern vorbereitete Ausgänge oder über Brücken geleitet. Es war eine **beeindruckende Leistung der Menschen**, sich bei diesen widrigen Umständen der menschenverachtenden Gewaltinszenierung des Staates zu widerstehen oder zu widersetzen.

Dieser Tag war, ähnlich wie der 30.9.2010, ein Tag, der **auf der einen Seite gefeiert werden sollte**, weil sich jeweils 2000 Menschen mit fast unmenschlichem Willen und Ausdauer dafür einsetzten, ihre Lebensgrundlagen zu sichern, **auf der anderen Seite ein Tag, an dem wir uns als BürgerInnen dieses Staates schämten und zornig** erleben mussten, wie dieser Staat mit brachialer Gewalt den friedlichen Protest und Widerstand niedermachte. Das in unserer Verfassung verbrieftete Recht auf Mitentscheidung: *„Der Souverän ist das Volk,“* - „alle Macht geht vom Volke aus“, auch in Form von Sitzblockaden, wurde mit Füßen getreten. Damit wurden den BürgerInnen dieses Staates grundlegende Rechte verwehrt.

Durch diese Verweigerung verändert sich das Grundgefüge der Gemeinschaft so gravierend, dass man hier schon von einer **Gefahr für die Demokratie** sprechen kann. Die Leitbilder einer Demokratie, die sich an Werten wie **Solidarität, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl** orientiertes Handeln ausrichten sollten, werden ersetzt durch Werte wie **Egoismus, Gewinnstreben und Ausbeutung von Mensch und Natur**.

Genau deshalb sind wir an diesem Tag in unseren Park gekommen. Unser Ziel war ein **Erinnern und Mahnen** an den Tag 1 Jahr davor. Gleichzeitig wollten wir auch unsere positive Vision aufzeigen und leben, dass wir irgendwann einmal unsere verbrieften Rechte und dadurch diesen, unseren Park wieder zurückbekommen. **Es war ein Tor offen**, nicht nur eine kleine Türe, sondern nach meinen Erinnerungen ein Einfahrtstor, ca. 8 m breit. Es hatte sich bei der Kundgebung, die neben der Brache stattfand, herumgesprochen, dass das Tor offen sei, so dass wir dann auch hineingingen. Es war keine Wache da und keinerlei Schild, das auf ein rechtswidriges Verhalten hingewiesen hätte, wenn Mensch dieses Gelände betreten würde.

Wir wollten unseren Protest und unsere Mahnung an einem Ort machen, der authentisch war, also in dem Teil vom Park, wo dieses Unrecht 1 Jahr vorher passiert war. Diese Versammlung im Park, in dem 1 Jahr lang nichts gebaute wurde, schmückten wir mit Pappmensen, die für das Prinzip S21 und deren Auswirkungen an oberster Stelle verantwortlich waren, eine Gruppe sang Lieder und wir setzten mit vielen kleinen Kerzen ein **Zeichen der Hoffnung**.

Dieses Recht auf Protest ist uns in dem sogenannten Brokdorf-Urteil vom Bundesverfassungsgericht 1983 eindeutig zugesprochen worden. Dort werden die Protestrechte der Menschen als der Demokratie förderlich, ja sogar als wichtige Kontrollfunktion für falsche Entscheidungen als elementar gedeutet. Diese Rechte dürfen vom Staat und dessen Institutionen nicht beeinträchtigt werden.

Genau das haben wir dort gemacht. Wir haben mit Transparenten auf dieses **Unrecht hingewiesen** und damit eine klare Meinungsäußerung kundgetan. Diese Protestversammlung im Park wurde weder von der Polizei noch vom Ordnungsamt aufgelöst, was sie nach dem Versammlungsrecht hätten tun müssen. Deshalb sahen wir keine Veranlassung, den Platz zu räumen, nachdem die Polizei in den Park mit - nach meiner Wahrnehmung - sehr aggressivem Verhalten einbrach. Sie drehten mir den Arm um, obwohl ich stehen blieb und mich friedlich verhielt. Einer Mitstreiterin, die neben mir stand, drehten sie beide Arme auf den Rücken und schlossen sie mit Kunststoffbändern auf den Rücken. **Dieses Verhalten der Polizei** ist einer Demokratie nicht würdig, und die Nichtauflösung der Versammlung verstößt gegen das Versammlungsrecht. Die Räumung war also illegal. Wir hatten das Recht, dort unsern Protest zu äußern. Uns wurde dieses Recht verwehrt. Durch die Maßnahmen der Polizei wurden wir unserer Freiheit beraubt. Für mich war dies **Freiheitsberaubung im Amt**.

Zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen gehört auch der Schutz der Bäume in der Innenstadt, die dafür sorgen, dass die Luft, verschmutzt von Autoverkehr und Heizungsanlagen mit Ruß und Feinstaub, gereinigt wird. Genau in der unmittelbaren Nähe an der Stelle, der mit CO₂ und Ruß am stärksten belasteten Luft von ganz Deutschland, genau dort sollen weitere Hunderte Bäume wegen S21 gefällt werden. Damit wird den Menschen, die in diesem Gebiet um das Neckartor leben und die dort immer wieder durchlaufen oder mit dem Fahrrad durchfahren aufgebürdet, eine mit Feinstaub, Ruß, CO und CO₂, über das gesundheitlich vertretbare Maß hinaus, belastete Luft einatmen zu müssen und es wird ein **Krankwerden und Sterben billigend in Kauf genommen**. Auch ich werde mit dieser Situation ständig konfrontiert. Ich wohne in Stuttgart-Zuffenhausen und arbeite in Stuttgart West. Ich fahre regelmäßig mit dem Fahrrad durch dieses Gebiet der Nordstadt und muss diese vergiftete Luft einatmen. Damit wird mir das **Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit** nach Artikel 2, Absatz 2 Grundgesetz verwehrt.

Und warum ? Weil gegen den Willen der Menschen in und um Stuttgart ein Immobilien- und Bauprojekt S21 mit Gewalt durchgezogen werden soll, – auf Kosten der Gesundheit der Menschen, auf Kosten der Lebensqualität der dort lebenden Menschen oder auf Kosten der dort lebenden Tiere und dort wachsenden Pflanzen. Und auf Kosten von sehr viel wichtigeren Investitionen, die ein soziales Zusammenleben ermöglichen. Diese Investitionen können deshalb nicht mehr getätigt werden, weil gigantische Summen für Fehlinvestitionen veruntreut werden.

Warum wird diese Entwicklung zugelassen? Jeder normale Menschenverstand sagt uns doch, dass diese Entwicklung gegen die Wand fährt. Wer kontrolliert diese Macht, die sich gegen die Interessen der Menschen durchsetzen kann? Da die Wirtschaft und die Finanzwelt nur nach einem optimierten Gewinn streben, egal auf wessen Kosten, muss es Kontrollmechanismen geben, die dieses Verselbstständigen verhindert. Genau diese Kontrollstellen gibt es in unserm Staat nicht mehr oder sie werden nur noch als Feigenblatt dargestellt, um den Schein zu wahren. Wenn diese Kontrollen fehlen oder nicht mehr so wirken können, wie sie mal gedacht waren, bleibt den Menschen nur noch übrig, die Geschicke selber in die Hand zu nehmen.

Jeden Tag sterben über 100 Arten in der Tier- und Pflanzenwelt aus, meist aufgrund von Menschen gemachten Umweltveränderungen. Wir werden das 2 Grad- Erderwärmungsziel bis zum Jahr 2100 mit den jetzigen Maßnahmen nicht erreichen, d.h. unsere Kinder und Enkel werden die Folgen unseres **Übermaßes an Lebensstandard** und unseres „immer mehr, immer schneller“, ausbaden müssen – mit vielen Umweltkatastrophen. Es werden tausende, ja wahrscheinlich Millionen Menschen an diesen Folgen sterben müssen.

Es ist fast allen Menschen aufgrund unserer Medien bekannt, dass wir **so nicht weitermachen können**. Wir müssen etwas grundsätzlich ändern, in der Wirtschaft und in unserm Verbrauch von Energie und Ressourcen. Wenn wir nur annähernd das 2-Grad-Erderwärmungsziel bis zum Jahr 2100 erreichen

wollen, müssen wir nach Berechnung von über 2000 Klimaforschern allein in Deutschland schnellstmöglich unsern Ausstoß von momentan 11 t CO₂ auf mindestens 2 t CO₂ pro Person reduzieren.

Das bedeutet ein **komplettes Umdenken**. Dabei haben die Entscheidungen der öffentlichen Hand eine sehr wichtige Vorbildfunktion. Alle von Kommunalpolitikern gemachten Absichtserklärungen für mehr Umweltschutz und Luftreinhaltung in der Innenstadt Stuttgart sprechen durch den Bau von Stuttgart 21 Hohn. Solche geplanten Bauten wie S21 sind noch ein Relikt des alten Denkens, als könnten wir für immer und ewig Energie und Ressourcen verschwenden. Gigantische Mengen an Primärenergie wären nötig, um die Millionen Tonnen von Beton für die 160 km Tunnel unter Stuttgart und von Stuttgart nach Ulm zu bauen. Millionen Tonnen Ruß, Feinstaub und CO₂ würden die LKW ausstoßen, die speziell auch in der Innenstadt Stuttgart den Abraum und den Beton und andere Bauteile transportieren würden.

Der pünktlichste aller Bahnhöfe in Deutschland, der jetzige Kopfbahnhof, soll in einen anderen, sogenannten S21-Bahnhof umgebaut werden, der

- zwischen 30% und 50% weniger an Menschen fassen und abfertigen kann
- für behinderte Menschen kaum nutzbar und im Brandfall für viele sogar tödlich sein würde
- für Güterzüge nicht nutzbar wäre, in einer Zeit, wo aus energetischen und klimatologischen Gründen ganz dringend mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden müssen
- in vielen Teil-Bereichen noch keine Genehmigung hat, weil die Lösungen für die Probleme nicht gefunden wurden.

Wenn dies doch alles bekannt ist, warum wird diese Baustelle nicht einfach eingestellt?

Um **das Europaparlament in Straßburg und Brüssel** gibt es 15 000 bis 20 000 **Lobbyisten** aus der Immobilien- und Baubranche, den Banken und der Wirtschaft, die nichts anderes tun, als die politischen Entscheidungsträger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Politiker aus dem Parlament geben zu, dass manche Gesetze sogar von den Lobbyisten vorgeschrieben werden und die Politiker diese nur noch übernehmen müssen. **Beim Dt. Bundestag** spricht man von 2000 – 5000 Lobbyisten, die die Politik in ihrem Sinne gestalten lassen. Ich habe noch nichts gelesen, wie viele **Lobbyisten es in Stuttgart gibt**, die an der Gestaltung der Politik mitmachen. Es ist aber unbestritten, dass es viele sind. Auch die Politikerinnen, die in irgendwelchen Aufsichtsräten, Vorständen oder Institutionen eingebunden sind, sind nicht frei in ihren Entscheidungen.

So erklärt sich für mich,

- dass die Planungen von S21, die irgendwo im Hinterstübchen entstanden sind, mit aller Vehemenz durchgezogen werden
- dass Verkehrskonzepte wie K21 gar nicht gewollt wurden und deshalb nie ernsthaft diskutiert wurden, außer in der Protestbewegung
- dass der Wille von Millionen Menschen bei den vielen und auch sehr großen Demonstrationen, durch Mahnwachen, Petitionen, Einwendungen, Anträgen zu BürgerInnenentscheiden ignoriert wurden
- dass Politikerinnen, die jahrelang bei unserem Widerstand mit den vielen Demonstrationen, Besetzungen und anderen Widerstandsformen mitgemacht haben, jetzt umkippen und von all den Gründen für ihr damaliges Handeln nichts mehr wissen wollen,
- dass versucht wird, S21 durch das Schaffen von Fakten durchzusetzen, weil die Planer wissen, es kommen noch viele Ungereimtheiten bis hin zu korruptem Verhalten an die Öffentlichkeit, so wie wir es

immer öfters in der Zeitung lesen können – Profalla, Mappus, und die vielen Rücktritte der Chefplaner von Stuttgart 21

Immer mehr Menschen, nicht nur hier in Stuttgart, stehen für ihr Recht auf Beteiligung zur Gestaltung ihrer Lebensumstände auf und mischen sich ein.

„Ihr demonstriert – wir regieren“ das war 1983 der Spruch vom damaligen **Bundeskanzler Kohl**, als Millionen Menschen auf die Straße gingen, um gegen die weitere atomare Aufrüstung zu protestieren. ***„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“*** – war die Konsequenz aus dem Ignorieren des Willens von Millionen Menschen und der Stationierung der Atomraketen in West-Deutschland. Der Widerstand hat dazu beigetragen, dass die Abrüstungsverhandlungen zustande kamen. ***Ähnlich ist die Situation auch in Stuttgart.*** Beim Protest gegen das **Prinzip S21**, einem System, in dem politische Entscheidungen nicht nach dem Gemeinwohl gefällt werden, sondern nach den Interessen der Lobbyisten mit Lug und Betrug zustande kamen, sind in den letzten 3 Jahren ca. **5000 Ermittlungsverfahren** eröffnet worden.

249-mal standen allein jeden Montagabend Tausende am Stuttgarter Bahnhof oder auf dem Marktplatz aus Protest gegen S21. Dazu die vielen Demonstrationen, bei denen im Herbst 2010 Hunderttausende auch freitags und samstags auf die Straße gingen. Dieser Wille wurde von den politischen Vertretern ignoriert. ***Wer herrscht hier in diesem Land? Wie kriminell muss so ein Vorhaben sein, wenn sich so viele Menschen mit Demonstrationen, Veranstaltungen, Blockaden, Besetzungen und vielem mehr dagegen wehren?*** Damit verlassen die Machthabenden in diesem Staat den Boden der Demokratie. Sie haben kein Recht mehr, über unsere Geschicke zu entscheiden, weil sie sich vom Boden des Wettstreits der besseren Argumente entfernt haben. Sie sind zu gemeingefährlichen Zerstörern unserer Lebensgrundlagen mutiert und ***sie werden weitermachen, wenn wir sie nicht stoppen.*** Wenn die PolitikerInnen nur noch der verlängerte Arm der Lobbyisten in diesem Staate sind, dann fehlt die Kontrolle über deren Verhalten und damit wird das Prinzip der Demokratie tatsächlich in Frage gestellt.

In einer Demokratie, die auf Gewaltenteilung basiert, ***hätte die Judikative eine wichtige Funktion.*** Leider stützt auch sie mit wenigen Ausnahmen den Status quo der Herrschenden, das Bewahrende, und merkt nicht, dass sie dadurch die Zerstörer unserer Lebensgrundlagen fördert. ***Statt sie, die wirklichen Zerstörer und Störer unseres Gemeinwesens anzuklagen,*** versucht die Staatsanwaltschaft, besonders in Stgt., die Menschen zu kriminalisieren, die sich gegen diese Zerstörung wehren. Die Staatsanwaltschaft und auch die RichterInnen meinen, mit Strafen Menschen zu angepassten, abnickenden BürgerInnen zu erziehen. Dies gelingt ihnen nur zum Teil. Viele Menschen lassen sich dadurch nicht in ihrem Tun einschüchtern, als BürgerInnen sich in das gesellschaftliche Leben auch mit Widerstandsaktionen einzumischen. Uns Menschen bleibt also nichts anderes übrig, auch aufgrund unserer braunen Geschichte, als deutliche Zeichen zu setzen, unsere Rechte der Mitbestimmung und Mitgestaltung einzufordern und mit dem Recht auf Versammlung ***die Missstände in diesem Land zu benennen.***

Genau das haben wir an diesem Nachmittag gemacht. Und wir werden das immer wieder tun, ja wir müssen das immer wieder tun, nicht aus Lust und Laune, sondern ganz gezielt dann, wenn dies zum Schutze unserer Lebensgrundlage und damit auch zum Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens notwendig ist. Dieses Recht ist in unserem Versammlungsrecht verbrieft und das sollten und das müssen wir wahrnehmen und einfordern.

Deshalb können Sie uns im Namen des Volkes, also im Namen der Menschen in diesem Staat, die gemeinwohlorientiert denken und Verantwortung für die Zukunft übernehmen, nur freisprechen.

Ich schließe mich allen von meinen MitstreiterInnen und dem Rechtsanwalt gemachten Äußerungen an und ***plädiere für Freispruch.“*** (Karl Braig)